



Stadt Bern
Gemeinderat

Leitbild zur Integrationspolitik der Stadt Bern 2010

IMPRESSUM

ENTSTEHUNG DES LEITBILDS

Genehmigung durch den Gemeinderat der Stadt Bern am 5. Juli 2010

Herausgeberin: Direktion für Bildung, Soziales und Sport
Predigergasse 5, 3001 Bern

Verfasst durch:
Projektleitung: Ursula Heitz, Leiterin Kompetenzzentrum Integration
Projektteam: Marianne Helfer, Susanne Rebsamen und Gina Vega: Kompetenzzentrum Integration
Susana Fankhauser und Jelena Mitrovic: Fachkommission für Integration
Regula Müller: Generalsekretariat Direktion für Bildung, Soziales und Sport
Alexander Ott: Leiter Einwohnerdienste, Migration und Fremdenpolizei

Druck und Gestaltung: Schul- und Büromaterialzentrale der Stadt Bern

Bezugsadresse: Kompetenzzentrum Integration
Effingerstrasse 21, Postfach 8125, 3001 Bern
Tel.: 031 321 60 36, Fax: 031 321 62 66
e-mail: integration@bern.ch, www.bern.ch/integration

1. Auflage 2010

© Gemeinderat der Stadt Bern, 05. Juli 2010

Zehn Jahre nach Verabschiedung des Leitbilds zur Integrationspolitik im Jahr 1999 hat die Direktion für Bildung, Soziales und Sport das Leitbild zur Integrationspolitik der Stadt Bern überarbeitet. Das Leitbild aus dem Jahr 1999 war zu seiner Zeit wegweisend und ist über weite Strecken immer noch aktuell. In den letzten zehn Jahren haben sich die Rahmenbedingungen jedoch verändert. Ziel war daher die Anpassung des bestehenden Leitbildes an gesetzliche Neuerungen und an die Anforderungen an eine zeitgemässe Integrationspolitik.

Bei der Erarbeitung des Leitbildes zur Integrationspolitik der Stadt Bern 2010 wurde das Kompetenzzentrum Integration (Projektleitung) von einem Projektteam von verwaltungsinternen und externen Fachpersonen unterstützt. Sie haben an allen Entwürfen intensiv mitgearbeitet.

Als Grundlage für einen ersten Entwurf des Leitbilds zur Integrationspolitik der Stadt Bern 2010 diente eine vom Kompetenzzentrum Integration in Auftrag gegebene Studie des *swiss forum for migration and population studies* der Universität Neuchâtel (sfm). Diese beinhaltet einen Überblick über die gegenwärtige Integrationsdebatte, neue Herausforderungen, mögliche Perspektiven und Empfehlungen. Im Mai 2009 fand ein Leitbildtag statt, an dem über 60 Personen (mit und ohne Migrationshintergrund) aus Fachkreisen teilgenommen haben. Ziel war die Erarbeitung und breite Abstützung der Leitsätze und Handlungsfelder. Der Kreis der Teilnehmenden hat den ersten Entwurf zur Stellungnahme erhalten. Die überarbeitete Version ging zur Vernehmlassung an die Direktionen der Stadtverwaltung. Der dritte Entwurf wurde vom Gemeinderat den politischen Parteien, Institutionen des Integrationsbereichs und weiteren Kreisen zur Vernehmlassung unterbreitet. Am 05. Juli 2010 hat der Gemeinderat der Stadt Bern das Leitbild zur Integrationspolitik der Stadt Bern 2010 verabschiedet.

VORWORT

VORWORT

Bern ist eine weltoffene Stadt. Bei uns leben Menschen aus 160 Ländern. Diese ausländischen Personen machen rund einen Fünftel der städtischen Bevölkerung aus. Dazu kommen jene Frauen, Männer, Kinder und Jugendlichen mit einem Schweizer Pass, die einen Migrationshintergrund haben. Für diese Vielfalt will Bern fit sein und fit bleiben. Migrantinnen und Migranten leisten einen wesentlichen Beitrag zum wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben und zur Gestaltung der Zukunft der Stadt Bern und der Schweiz.

Die Stadt Bern hat die Bedeutung und den nachhaltigen Wert einer wirksamen Integrationspolitik früh erkannt und entsprechend gehandelt. Sie verfügte als eine der ersten Schweizer Städte Ende der neunziger Jahre des letzten Jahrhunderts über ein Integrationsleitbild. Auch in der Gemeindeordnung, der Verfassung der Stadt Bern, ist der Wille zur Integration der ausländischen Bevölkerung wie folgt verankert: «Die Stadt fördert die tatsächliche Integration der ausländischen Wohnbevölkerung und die Mitwirkung der Ausländerinnen und Ausländer in städtischen Belangen. Sie unterstützt Bestrebungen zur erleichterten Einbürgerung.»

Die Integrationspolitik ist also sehr gut abgestützt. Sie ist als Auftrag der Stadt Bern seit Jahren offiziell und demokratisch anerkannt. Die Integration von Migrantinnen und Migranten ist für unsere Stadt eine Kern- und Querschnittsaufgabe. Dank grossem Engagement haben wir in den letzten Jahren viele wichtige Strukturen für die Umsetzung und Unterstützung von Projekten und Massnahmen geschaffen. Wir können heute auf viele kleine und grosse Erfolge und Fortschritte stolz sein. Dies auch dank der guten Vernetzung und engen Zusammenarbeit mit anderen Institutionen, Fachstellen, Vereinen, Organisationen und Privaten, die einen beträchtlichen Beitrag zur Integrationsarbeit leisten.

Integrationsarbeit ist keine Einbahnstrasse. Unsere Integrationsarbeit ist charakterisiert durch eine starke Betonung der Tatsache, dass Veränderungsprozesse sowohl seitens der Migrationsbevölkerung als auch seitens der einheimischen Bevölkerung erforderlich sind. Integration geschieht in der Begegnung und im Austausch. Dies erfordert das Engagement aller. Integration ist mit Rechten und Pflichten verbunden. Unabhängig davon, ob es sich um Schweizerinnen oder Schweizer, Ausländerinnen oder Ausländer handelt.

Das vorliegende Leitbild berücksichtigt die tatsächlichen Verhältnisse sowie die Veränderung der rechtlichen Grundlagen des vergangenen Jahrzehnts und enthält Leitsätze zur Förderung und Stärkung des Zusammenlebens.

Im Leitbild finden Sie die strategischen Handlungsfelder sowie die Massnahmen, die der Gemeinderat schwerpunktmässig angehen oder weiterverfolgen wird. Das neue Leitbild zeigt, dass Bern eine koordinierte und bedürfnisgerechte Integrationspolitik verfolgt. Davon profitiert die gesamte Bevölkerung der Stadt Bern. Das integrationspolitische Engagement in der Gegenwart ist eine Investition für die Zukunft. Sie lohnt sich im Sinne eines prosperierenden Berns und eines friedlichen Zusammenlebens aller.

Edith Olibet – Gemeinderätin der Stadt Bern

LEITBILD ZUR INTEGRATIONSPOLITIK DER STADT BERN 2010

1	Das Leitbild	5
2	Die Leitsätze	6
	Vielfalt und Unterschiedlichkeit	
	Potenziale	
	gegen Diskriminierung	
	Chancengleichheit und Mitwirkung	
3	Die strategischen Handlungsfelder	7
	Bildung, Sprache und Erziehung	
	Erwerbsarbeit	
	Freizeit, Kultur und Sport	
	Gesundheit	
	Mitwirkung in Politik und Gesellschaft	
	Wohn- und Lebensraum	
	Information und Kommunikation	
4	Die Strukturen	11
	Kompetenzzentrum Integration	
	Dienststellen der Verwaltung	
	Externe Partnerinnen und Partner	
	Fachkommission für Integration	
	Forum der Migrantinnen und Migranten	

Integrationspolitik aus städtischer Sicht

In der Stadt Bern leben Menschen mit vielfältigen Lebensformen, Interessen und Ressourcen. Auch die Migrationsbevölkerung ist hinsichtlich Herkunft, Migrationsgeschichte, Bildungsgrad, Aufenthaltsstatus und anderen Merkmalen vielfältig zusammengestellt. Ausländerinnen und Ausländer stellen mit rund einem Fünftel einen erheblichen Bevölkerungsanteil und leisten einen wichtigen Beitrag an eine prosperierende und weltoffene Stadt Bern.

Mit ihrer Integrationspolitik strebt die Stadt Bern die chancengleiche Teilhabe der Migrationsbevölkerung an den gesellschaftlichen Gütern sowie die Mitwirkung in allen Lebensbereichen an. Sie versteht Chancengleichheit und Mitwirkung als Grundlage für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Integration ist ein dynamischer Prozess auf gesellschaftlicher, zwischenmenschlicher und individueller Ebene und verläuft für jeden und jede anders. Die gelungene Ausgestaltung dieses Prozesses erfordert nicht nur Zeit und finanzielle Mittel, sondern auch ein gemeinsames Engagement der Migrantinnen und Migranten sowie der einheimischen Bevölkerung. Dieses gemeinsame Engagement basiert auf Vertrauen, Respekt, Verantwortung und dem Willen, sich mit den veränderten gesellschaftlichen Gegebenheiten auseinanderzusetzen.

Integration – eine städtische und gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Eine nachhaltige und kontinuierliche Integrationspolitik ist eine städtische, aber auch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Das ideelle, personelle und finanzielle Engagement anderer Akteurinnen und Akteure (z.B. Sozialpartnerinnen und -partner, Sport- und andere Vereine, Institutionen der Gemeinwesenarbeit, Kirchen/Religionsgemeinschaften) ist weiterhin unerlässlich. Auch die Organisationen der Migrationsbevölkerung leisten einen bedeutenden Beitrag an die Integrationsarbeit. Die Stadt stärkt ihre Zusammenarbeit mit diesen Akteurinnen und Akteuren und unterstützt deren Kooperation untereinander.

Integration betrifft alle und liegt in der Verantwortung aller – der Einheimischen wie der Migrationsbevölkerung. Grundlage hierfür ist ein Klima der Anerkennung und des gegenseitigen Respekts. Von den Migrantinnen und Migranten erwartet der Gemeinderat, dass sie ihre Selbstverantwortung wahrnehmen und aktiv ihren Beitrag zur Integration leisten. Von der einheimischen Bevölkerung erwartet er Offenheit und Unterstützung in diesem Integrationsprozess. Der Gemeinderat anerkennt die Leistungen aller: der Aufnahmegeellschaft wie der Zugewanderten.

Das Leitbild als Grundlage für Massnahmen

Im Leitbild sind die integrationspolitischen Grundsätze, die Leitsätze sowie die strategischen Handlungsfelder der Stadt Bern festgelegt. Es ist Richtung weisend für das Handeln des Gemeinderates und der städtischen Verwaltung. Auf der Grundlage des Leitbilds erarbeiten das Kompetenzzentrum Integration sowie weitere Dienststellen konkrete Massnahmen, die periodisch überprüft werden.

Das Leitbild richtet sich einerseits an die Stadtverwaltung und andererseits an die anderen integrationspolitischen Akteurinnen und Akteure. Der Gemeinderat empfiehlt diesen, das Leitbild im Sinne eines Wegweisers in ihre Arbeit einzubeziehen. Für alle Einwohnerinnen und Einwohner dient es als Information über Haltung und Ziele des Gemeinderates in der städtischen Integrationspolitik.

«Die Stadt Bern anerkennt **Vielfalt und Unterschiedlichkeit** als Stärke der Gesellschaft.»

- Die Stadt Bern unterstützt den Austausch und die Verständigung zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen.
- Die Stadt Bern fördert die sachliche und konstruktive Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen Vielfalt und nimmt die Anliegen von Einheimischen und Zugezogenen ernst.
- Die Stadt Bern sensibilisiert ihre Bevölkerung für die Fragen der gesellschaftlichen Vielfalt und wirkt Vorurteilen entgegen.

«Die Stadt Bern stärkt die **Potenziale** der Migrantinnen und Migranten.»

- Die Stadt Bern anerkennt und nutzt die Potenziale der Migrantinnen und Migranten.
- Die Stadt Bern unterstützt die Migrantinnen und Migranten darin, ihre Chancen und Möglichkeiten zu erkennen, zu entwickeln und aktiv zu nutzen.
- Die Stadt Bern erachtet die Eigeninitiative der Migrantinnen und Migranten als Motor für die Integration. Sie erwartet, dass sie sich aktiv für die Entfaltung und Stärkung ihrer eigenen Potenziale und Fähigkeiten einsetzen.

«Die Stadt Bern geht **gegen Diskriminierung** vor.»

- Die Stadt Bern toleriert keine Diskriminierung aufgrund der Hautfarbe, der Herkunft, der Sprache, der religiösen, weltanschaulichen oder politischen Überzeugung.
- Die Stadt Bern berücksichtigt bei der Bekämpfung von Diskriminierung, dass Menschen gleichzeitig mehreren benachteiligten Gruppen angehören und mehrfach Diskriminierungen ausgesetzt sein können.
- Die Stadt Bern sensibilisiert ihre Bevölkerung für Fragen der Diskriminierung und fördert eine Kultur, die Menschen vor Diskriminierung, Ausgrenzung und Fremdenfeindlichkeit schützt.
- Die Stadt Bern ergreift Massnahmen zum Schutz vor Diskriminierung sowie zur Prävention und zur Sanktionierung von Diskriminierung.

«Die Stadt Bern fördert die **Chancengleichheit** und die **Mitwirkung** der Migrantinnen und Migranten.»

- Die Stadt Bern fördert die Chancengleichheit in allen Lebensbereichen, insbesondere im ökonomischen, sozialen und kulturellen Bereich und baut Integrationshindernisse ab.
- Die Stadt Bern achtet auf die Chancengleichheit der Geschlechter und berücksichtigt diesbezüglich spezifische Bedürfnisse von Migrantinnen und Migranten.
- Die Stadt unterstützt verschiedene Stufen der Mitwirkung, von der Information über die Mitgestaltung von Prozessen bis zur Mitbestimmung bei Entscheidungen.
- Die Stadt Bern setzt sich für die politische Mitbestimmung von Migrantinnen und Migranten ein.

Integration ist eine Querschnittsaufgabe. In erster Linie sind bestehende Angebote in den Regelstrukturen unter Einbezug von migrationspezifischen Faktoren zu prüfen, anzupassen und auszubauen. Bei Bedarf werden spezifische Programme für Migrantinnen und Migranten erarbeitet.

Für die Entwicklung und Umsetzung entsprechender Massnahmen und die Kooperation mit Dritten sind die städtischen Dienststellen zuständig. Sie werden dabei vom Kompetenzzentrum Integration als Ansprech- und Koordinationsstelle unterstützt. Migrantinnen und Migranten werden in die Planung einbezogen.

Für die Umsetzung der Leitsätze wurden Handlungsfelder definiert. Jedes Handlungsfeld enthält ein übergeordnetes Ziel im Sinne eines Idealzustandes sowie Schwerpunkte für die Ausarbeitung konkreter Massnahmen. Über alle Handlungsfelder hinweg wird den unterschiedlichen Lebenslagen und Bedürfnissen von Frauen und Männern und der verschiedenen Altersgruppen Rechnung getragen. Ebenso wird die jeweilige sozioökonomische Lage berücksichtigt. Wo nötig werden zielgruppenspezifische Massnahmen entwickelt. Es wird ein Massnahmenplan erarbeitet, der die Verantwortlichkeiten und die Umsetzungsziele festlegt, sowie eine Erfolgskontrolle umfasst.

Handlungsfeld ›Bildung, Sprache und Erziehung‹

Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund der Stadt Bern haben die gleichen Bildungschancen wie Einheimische. Die Erwachsenen haben und nutzen Bildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten zur Förderung der Chancengleichheit in allen Lebensbereichen, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt.

- Das Erlernen der deutschen Sprache als Grundlage zur Integration wird bedarfs- und zielgruppengerecht gefördert und erwartet. Für Personen mit geringem Einkommen werden für Sprachkurse Finanzierungshilfen entwickelt.
- Kinder werden in der Entwicklung ihrer sprachlichen, sozialen, kognitiven und motorischen Fähigkeiten früh gefördert.
- Die Erstsprache wird als wichtige Grundlage zum Zweitsprachenerwerb anerkannt und gefördert (HSK: Unterricht in heimatlicher Sprache und Kultur).
- Die Zusammenarbeit von Schule und Erziehungsberechtigten wird verstärkt und von beiden Seiten erwartet.
- Die Elternbildung und die Stärkung der Erziehungskompetenzen der Erziehungsberechtigten zur Unterstützung der Kinder und Jugendlichen werden gefördert.
- Lehrpersonen und Schulleitungen werden im Themenbereich Integration und Schule unterstützt.
- Das Engagement für die Anstellung von Migrantinnen und Migranten als Lehrpersonen wird verstärkt.
- Für alle Schulabgängerinnen und Schulabgänger steht eine Anschlusslösung zur Verfügung.

Handlungsfeld ›Erwerbsarbeit‹

Die Migrantinnen und Migranten der Stadt Bern gehen einer ihren Qualifikationen entsprechenden Erwerbsarbeit nach.

- Die Ausbildung und der Berufseinstieg von Jugendlichen und jungen Erwachsenen werden gefördert. Für den Übergang zwischen Schule, Berufsbildung und Eintritt in die Erwerbswelt werden bei Bedarf Unterstützungsangebote bereitgestellt.
- Im Ausland angeeignete Qualifikationen und Kompetenzen werden berücksichtigt.
- Institutionen, die für die (Wieder-)eingliederung in den Arbeitsmarkt verantwortlich sind, beachten die besondere Situation von Migrantinnen und Migranten.
- Die Angebote im Bereich Nachholbildung und Weiterbildung (betrieblich und ausserbetrieblich) werden ausgebaut.
- Das städtische Engagement für die Anstellung von Migrantinnen und Migranten in allen Hierarchiestufen sowie die entsprechende Sensibilisierung und Weiterbildung der Mitarbeitenden in der Verwaltung werden verstärkt.
- Private und öffentliche Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sowie deren Organisationen werden bezüglich ihrer Verantwortung gegenüber Migrantinnen und Migranten informiert und die Zusammenarbeit wird verstärkt. Dies gilt insbesondere in Bezug auf Anstellung, Unterstützung im Betrieb, Lehrstellenangebot, betriebliche Nachholbildung, Mitarbeitendenbildung und Diskriminierung am Arbeitsplatz.
- Offene und versteckte Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt werden erkannt, sichtbar gemacht und bekämpft. Entsprechende Handlungsansätze werden aufgezeigt.
- Die Information der Migrantinnen und Migranten über den schweizerischen Arbeitsmarkt wird verstärkt.

Handlungsfeld ›Freizeit, Kultur und Sport‹

Migrantinnen und Migranten der Stadt Bern nutzen Sport- und Freizeitaktivitäten sowie Kulturangebote als eine Möglichkeit zur Integration und zur Begegnung.

- Die Information über und Nutzung von Angeboten im Sport- und Freizeitbereich durch Migrantinnen und Migranten wird verbessert und der Zugang gewährleistet.
- Die interkulturelle Öffnung von Vereinen und Institutionen wird gefördert.
- Migrantinnen und Migranten werden bei der Entwicklung von Programmen in den Bereichen Freizeit, Kultur und Sport soweit möglich einbezogen.
- Es werden Plattformen für die Begegnung zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen geschaffen.
- Ordnungs- und Sicherheitsdienste werden zum diskriminierungsfreien Handeln informiert und geschult.

Handlungsfeld ›Gesundheit‹

Die Migrantinnen und Migranten der Stadt Bern erhalten und stärken ihre Gesundheit.

- Migrantinnen und Migranten werden in gesundheitsförderndem Handeln gestärkt.
- Mitarbeitende im Gesundheitsbereich werden im Umgang mit dem Thema Migration sensibilisiert und unterstützt.
- Der niederschwellige Zugang zu Präventionsmassnahmen, gesundheitsrelevanten Angeboten und zielgruppengerechter Information wird sichergestellt.
- Die Information und Sensibilisierung im Bezug auf Migration und Alter wird verstärkt und entsprechende Angebote werden gefördert.

Handlungsfeld ›Mitwirkung in Politik und Gesellschaft‹

Die Migrantinnen und Migranten der Stadt Bern nehmen aktiv und mitbestimmend am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Leben teil.

- Mitwirkungsmöglichkeiten in Politik und Gesellschaft werden aufgezeigt und vermittelt.
- Hürden für die Migrantinnen und Migranten bei ihrer Mitwirkung und Partizipation in der Gesellschaft werden abgebaut.
- Der Gemeinderat setzt sich für die Einführung des Stimm- und Wahlrechts für Ausländerinnen und Ausländer mit Niederlassungsbewilligung ein.
- Die Information von Einbürgerungswilligen wird verstärkt und Eingebürgerte werden bei der Ausübung ihrer Rechte und Pflichten unterstützt.
- Organisationen der Migrationsbevölkerung werden bei der Entwicklung und Umsetzung von integrationsfördernden Aktivitäten unterstützt, entsprechend geschult und ihre Arbeit wird sichtbar gemacht.

Handlungsfeld ›Wohn- und Lebensraum‹

Die Lebens- und Wohnqualität der Migrantinnen und Migranten der Stadt Bern entspricht derjenigen der einheimischen Bevölkerung.

- Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt wird abgebaut.
- Mittels einer vorausschauenden Stadtentwicklung werden adäquate Wohnräume für alle Einkommensschichten zur Verfügung gestellt und die soziale Vielfalt wird gefördert.
- Das gegenseitige Verständnis in der Nachbarschaft wird gefördert.
- Schlichtungsstellen, Mieterinnen- und Mieterverband und ähnliche Organisationen werden bekannt gemacht.
- Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer, Liegenschaftsverwaltungen sowie deren Mitarbeitende werden zum Thema Konflikte und kulturelle Differenzen informiert und geschult.

Handlungsfeld ›Information und Kommunikation‹

Den Migrantinnen und Migranten der Stadt Bern stehen die relevanten Informationen zur Verfügung und sie wissen diese zu nutzen. Die einheimische Bevölkerung ist sensibilisiert für Fragen der Integration.

- Mündliche und schriftliche Informationen über das Leben in Bern und Alltagsfragen werden zielgruppengerecht aufbereitet. Die persönliche und mündliche Information wird gegenüber der schriftlichen gestärkt.
- Migrantinnen und Migranten werden unterstützt, ihr Recht auf Information und Verständigung, besonders bei Rechts- und Gesundheitsfragen wahrzunehmen. Bei Bedarf werden Übersetzungsangebote zur Verfügung gestellt.
- Der Information von Neuzugezogenen, insbesondere von nachgezogenen Familienangehörigen, wird ein besonderes Augenmerk geschenkt.
- Die Bevölkerung wird adäquat über die Integrationspolitik und die Situation der Migrantinnen und Migranten informiert und die Medienarbeit zu Integrationsthemen wird verstärkt. Die Leistungen der Migrationsbevölkerung werden sichtbar gemacht.
- Es werden vielfältige Kommunikationsmittel genutzt, um Migrantinnen und Migranten zu informieren, insbesondere auch Medien der Migrationsbevölkerung.
- Von den Migrantinnen und Migranten wird erwartet, dass sie sich selbst aktiv informieren.

Kompetenzzentrum Integration

Das Kompetenzzentrum Integration (KI) ist die Drehscheibe der städtischen Integrationspolitik. Es ist Ansprechpartner für die Dienststellen der Verwaltung bei Fragen zur Integration und nimmt Koordinationsaufgaben bei der Umsetzung der städtischen Integrationsmassnahmen wahr. Es stimmt diese mit der Integrationsarbeit privater Organisationen ab.

Das KI greift Themen und Bedürfnisse aus der Migrationsbevölkerung auf und bearbeitet diese in Zusammenarbeit mit anderen Verwaltungsstellen und Institutionen in Form von Projekten, Angeboten und Aktivitäten. Es pflegt enge Kontakte zu Fachstellen des Bundes, der Kantone und anderer Gemeinden sowie zu Organisationen der Migrationsbevölkerung und unterhält ein Netzwerk innerhalb der städtischen Verwaltung.

Das KI leistet integrationspezifische Grundlagen- und entsprechende Öffentlichkeitsarbeit, hält sich auf dem Laufenden bezüglich neuer gesellschaftlicher und politischer Entwicklungen und Debatten im Bereich Migration und Integration. Es stellt die Informationen der Stadtverwaltung, Fachkreisen und der Bevölkerung zur Verfügung.

Dienststellen der Verwaltung

Integration ist eine Querschnittsaufgabe. Die Dienststellen der städtischen Verwaltung tragen in ihren Aufgabenbereichen die Verantwortung für die Umsetzung des vorliegenden Leitbildes und ergreifen entsprechende Massnahmen. Bei Bedarf gehen sie verbindliche Kooperationen mit dem KI als Koordinationsstelle ein.

Externe Partnerinnen und Partner

Die Stadt Bern anerkennt das Engagement von Organisationen, Vereinen, Nichtregierungsorganisationen, Firmen, Privatpersonen, Kirchen und Religionsgemeinschaften u.a. als wichtige Partnerinnen und Partner bei der Umsetzung der städtischen Integrationsmassnahmen. Die Verwaltung arbeitet eng mit ihnen zusammen und kann ihnen durch Leistungsverträge bestimmte Integrationsaufgaben übertragen.

Fachkommission für Integration

Die Fachkommission für Integration setzt sich aus verwaltungsexternen Fachpersonen aus dem Integrationsbereich – insbesondere aus der Migrationsbevölkerung – zusammen und wird vom Gemeinderat gewählt. Sie berät das KI und den Gemeinderat und macht auf zusätzlichen Handlungsbedarf aufmerksam. Sie bringt das Fachwissen von Aussenstehenden ein und pflegt Kontakte zu Organisationen der Migrationsbevölkerung. Die Fachkommission kann zuhanden der Behörden Anträge stellen.

Forum der Migrantinnen und Migranten

Das Forum der Migrantinnen und Migranten ist ein Mitwirkungsinstrument der Migrationsbevölkerung. Diese Plattform gibt Migrantinnen und Migranten der Stadt Bern – aber auch anderen interessierten Personen – Gelegenheit, ein aktuelles Thema zu diskutieren sowie ihre integrationsbezogenen Interessen und Anliegen zu formulieren.